

Das Gefängnis Guantanamo bleibt in Betrieb

Grosse Widerstände gegen die Verlegung von Terrorgefangenen auf das amerikanische Festland

Präsident Obama hat sein Ziel, die Schliessung des kontroversen Gefangenenlagers Guantanamo, verfehlt. Er hat die Insassenzahl aber stark reduziert. Sein Nachfolger verspricht das Gegenteil.

ANDREAS RÜESCH

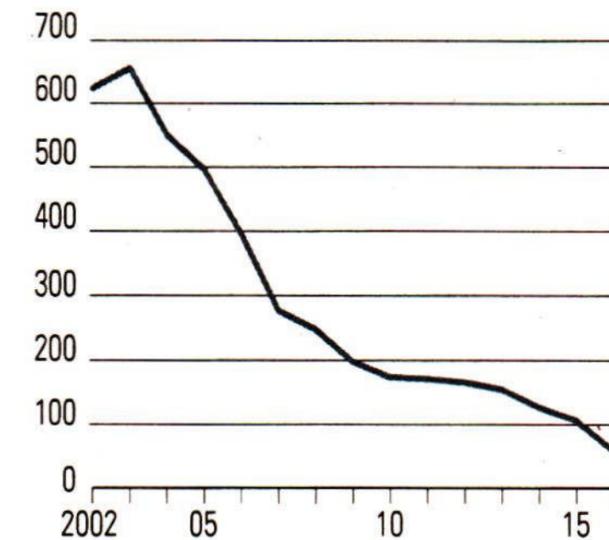
Um Guantanamo ist es ruhig geworden. Das Militärgefängnis auf dem gleichnamigen amerikanischen Stützpunkt auf Kuba, das im vergangenen Jahrzehnt als Schandfleck und als Negativsymbol des Anti-Terror-Kriegs bezeichnet worden war, verursacht in den USA wie auch im Ausland kaum noch Schlagzeilen. Dabei bleibt die Grundfrage weiter ungeklärt: Was soll mit der Anlage geschehen und was mit den dort inhaftierten Terroristen und Terrorverdächtigen? Präsident Obama hatte 2009 gleich nach Amtsantritt angeordnet, das Gefängnis innert eines Jahres zu schliessen. Acht Jahre später ist es weiter in Betrieb, wenn auch mit einer viel kleineren Insassenzahl.

Das wirkt paradox angesichts der Tatsache, dass die Argumente für die Schaffung des Lagers längst hinfällig geworden sind. Die Administration von Präsident Bush hatte nach den Anschlägen vom September 2001 diese Marinebasis aus einem ganz bestimmten Kalkül ausgewählt: Sie nahm an, dass es sich um ein rechtliches Niemandsland handle, ausserhalb des Geltungsbereichs der amerikanischen Verfassung und der Genfer Konventionen zum Schutz von Kriegsgefangenen. Sie hoffte, Terroristen an diesem Ort fern des weltweiten Scheinwerferlichts beliebig verhören und zügig aburteilen zu können.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Das Ansehen der USA nahm wegen Guantanamo schweren Schaden, besonders als sich erhärtete, dass zumindest einige der Gefangenen Misshandlungen oder gar Folter erlitten hatten. Nach langem Rechtsstreit hielt die US-Justiz fest, dass auch feindliche Kämpfer auf diesem Aussenposten in der Karibik Anrecht auf Schutz durch die Verfassung und die Mindeststandards der Genfer Konventionen hätten. Ebenso als Irrweg erwie-

Das Militärgefängnis Guantánamo Bay

Zahl der Insassen (Stand Ende Jahr)



QUELLE: NEW YORK TIMES

NZZ-Infografik/lea.

sen sich die unter Bush geschaffenen und unter Obama reformierten Militärtribunale: Die vermeintlich «effizienten» Gerichte haben wegen endloser Streitereien um Verfahrensfragen erst sechs Urteile gefällt, von denen nur vier rechtskräftig sind. Der Prozess gegen den Drahtzieher von «9/11», Khalid Sheikh Mohammed, und vier Mitangeklagte wird laut Experten kaum vor 2020 beginnen.

Weshalb aber tun sich die Behörden dann so schwer mit der Schliessung Guantamos? Obama hatte in seinem Dekret zweierlei unterschätzt: die Suche nach Aufnahmeländern und den Widerstand des Kongresses. Nachdem sein Vorgänger Bush die Zahl der Insassen von einem Höchststand von rund 680 auf 242 verringert hatte, vor allem mit der Repatriierung von offensichtlichen Unschuldigen oder unbedeutenden Mitläufern der Taliban, wurden die Transfers zunächst immer seltener. In manche Heimatländer konnten die Häftlinge nicht abgeschoben werden, weil ihnen dort Misshandlung drohte (etwa in China) oder die Bedingungen für eine Reintegration fehlten (wie in Jemen). In solchen Fällen mussten Drittstaaten gefunden werden.

Auf Hürden stiess der Präsident aber vor allem in Washington. Selbst als noch die Demokraten die Mehrheit stellten, blockierte der Kongress Obama die Verlegung von Gefangenen aufs amerikanische Festland. Damit war ein zentraler Teil des Schliessungsplans gescheitert. Denn über die Parteigrenzen hinweg

herrscht Konsens darüber, dass als gefährlich eingestufte Islamisten, denen keine Verbrechen nachgewiesen werden können, nicht freikommen dürfen, sondern auf unbestimmte Zeit in Administrativhaft bleiben sollen. Obama sah dafür ein Hochsicherheitsgefängnis in den USA vor, während die Kongressmehrheit an Guantanamo festhalten will - trotz exorbitanten Kosten von 8 Millionen Dollar pro Häftling und Jahr. Derzeit befinden sich auf der Basis noch 55 Häftlinge aus 13 Staaten. 19 von ihnen sollen abgeschoben werden, sobald sich ein Aufnahmeland findet, 10 stehen unter Anklage oder verbüssen eine Haftstrafe. Die restlichen 26 gelten als zu gefährlich für eine Freilassung, sollen aber auch nicht angeklagt werden. Sie befinden sich schon weit über ein Jahrzehnt hinter Gittern, und zur Überprüfung ihrer Haftgründe steht ihnen nur ein rudimentärer Rekursweg offen. Verschwinden wird das Gefängnis daher nicht so bald, zumal Donald Trump eine Schliessung ablehnt. Er kündigte im Wahlkampf sogar die Verlegung zusätzlicher Häftlinge nach Guantanamo an.